

## Graudenzener Zeitung.

## General-Anzeiger

für West- und Ostpreußen, Posen und das östliche Pommern.



Erstausgabe täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen, kostet in der Stadt Graudenz und bei allen Postämtern vierteljährlich 1 Mk. 80 Pf., einzelne Nummern (Postgebühren) 15 Pf. Subscriptionspreis: 15 Pf. die gewöhnliche Beile für Privatangelegenheiten aus dem Reg.-Bez. Marienwerder, sowie für alle Stellenangebote und -Angebote, — 20 Pf. für alle anderen Anzeigen, — im Resteliste 75 Pf. Verantwortlich für den redaktionellen Theil Paul Kautzsch und für den Anzeigenthell Albert Brodack beide in Graudenz. — Druck und Verlag von Eduard Kautzsch's Buchdruckerei in Graudenz.

Brief-Adr.: „An den Gefelligen, Graudenz“. Telegr.-Adr.: „Gefellige, Graudenz“.

Preisdruck-Ausgabe No. 50.

Die Expedition des Gefelligen besorgt Anzeigen an alle anderen Zeitungen zu Originalpreisen ohne Porto- oder Spesenberechnung.

## Vom deutschen Reichstage.

220. Sitzung am 10. Mai.

Das Beamtenrevisionsgesetz wird in dritter Lesung ohne Debatte angenommen.

Es folgt die erste Beratung des zweiten Nachtragsesatzes, in welchem 71000 Mk. für Vermeerzung des Personals beim Reichsversicherungsamt und 100000 Mark für die Vertheilung an der Pariser Weltausstellung gefordert werden. Die Vorlage wird ohne Debatte der Budgetkommission überwiegen.

Das Haus erledigt nunmehr eine Anzahl Petitionen. Eine Petition, betreffend Rückzahlung von Beiträgen zur Invaliditäts- und Altersversicherung, beantragt die Kommission dem Reichskanzler zur Berücksichtigung aus Billigkeitsgründen zu überweisen. Ministerialdirektor von Boetticher bittet um Ablehnung des Antrags; eine Rückzahlung von Beiträgen aus Billigkeitsgründen sei gesetzlich nicht zulässig. Staatsminister v. Boetticher erklärt, er halte es nicht der Sache und der Rechtslage gegenüber für nicht gerathen, die Billigkeit dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen, es erwies sich vielmehr die Überweisung der Petition zur Erwägung. Er werde alles versuchen, um den Petenten für den Schaden, den er erlitten habe, zu entschädigen. Das Haus nimmt den Antrag der Kommission an.

Eine Petition, betreffend die Ausdehnung der Militärpensionsnovelle von 1893 auf die vor diesem Jahre pensionirten Beamten, wird dem Reichskanzler als Material überwiesen; ebenso eine Anzahl Petitionen, betreffend den Wählerabstimmung. Eine Petition, betreffend Einführung der Brauereialkoholsteuer, wird zur Erwägung überwiegen.

Bei Gelegenheit der Beratung der oben erwähnten Petitionen betr. die Regelung der Steuerverhältnisse der Mühlen tritt

Abg. Graf v. Arnim (Nv.) für eine höhere Besteuerung der größeren Mühlen ein und kommt auch auf seinen bekannten Streit mit den Berliner Mühlen zurück.

Abg. Fischbeck (Fr. Vpt.) bemerkt u. A., daß man es den Berliner Mühlen überlassen könne, sich mit dem Grafen Arnim auseinanderzusetzen. Das Fabrikat der Berliner Mühlen wird in der ganzen Welt als vorzüglich anerkannt. Mit dieser Anerkennung begnügen sich die betreffenden und vor allem mit der Achtung derjenigen Leute, auf deren Hochachtung ihrer Geschäftsehre den Herren etwas ankommt.

Die Petition wird dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen.

Nächste Sitzung Mittwoch. (Antrag der Sozialdemokraten betr. Aufhebung des Wählerabstimmungsparagraphen.)

## Preussischer Landtag.

[Abgeordnetenhaus.] 81. Sitzung am 11. Mai.

Die dritte Beratung des Staatshaushalts-Etats wird beim Etat des Ministeriums des Innern fortgesetzt.

Abg. Wiskert (Fr. Vgg.) Ich möchte auf die Frage des Vereinsgesetzes zurückkommen. Für uns ist der Zustand sehr unerwünscht, wenn wir hier sitzen müssen, ohne irgend welche Dispositionen für die nächsten Monate treffen zu können.

Die Frage des Vereinsgesetzes ist für alle Parteien die brennendste. Das Vereinsgesetz ist in der reaktionären Periode entstanden, und es wird in einer Weise gehandhabt, daß Gesetz und Recht mit Füßen getreten wird. (Hoch! rechts!) Im Westen und

im Süden hält man solche Dinge für unmöglich, wie sie im Wahlkreise Stolp-Lauenburg in den letzten Wochen passirt sind. (Hoch! rechts.) Das Lachen wird Ihnen heute noch vergehen. (Lachen rechts.) Je mehr Sie lachen, desto besser für uns. (Erneutes Lachen rechts.) In Stolp sind eine Reihe von Ungeheuerlichkeiten vor sich gegangen, und der Landrath von Puttkamer hat neue Grundzüge in Bezug auf die Theilnahme an Veranlassungen aufgestellt, wenn es heißt, der Einberufener einer Veranlassung habe gar nicht das Recht, bestimmte Kategorien von Staatsbürgern von vornherein auszuschließen. (Hoch! rechts!) Diese eigenthümliche Auffassung ist für einen Landrath, der die Gesetze befehlen soll, sehr merkwürdig.

Diesen Standpunkt hat er auch in einer Veranlassung bestimmt vertreten, obwohl davon im Gesetze nichts steht. In Klein-Weesen ist eine Veranlassung aufgelöst worden, weil das Schachschach im Orte herrschte; die Schulen waren aber nicht geschlossen. Die Verweigerung der Festlegung einer Anzeige ist aber strafbar. Zu einem Falle hat der Amtsvorsteher verlangt, daß alle Theilnehmer an einer Veranlassung das Zimmer verlassen sollten, weil er eine Anweisung befürchtete. Vor der Thüre stand ein Herr, der die Leute gegenüber zu einer Veranlassung des Bundes der Landwirthe führte. (Heiterkeit.)

Als ein freisinniger Redner in einer Veranlassung des Vereins „Nordost“ darauf hinwies, daß sogar in der freisinnigen „West“ gelangt sei, daß die Großgrundbesitzer im Osten das alte Herrenthum noch immer nicht vergessen könnten, läßt der Ortsvorsteher die Veranlassung auf. Das nennt man Gesetzentwurf. In einem Falle hatte der Bauernverein die Mitglieder und Freunde der Landwirthe, die mit seinem Programm übereinstimmen, zu einer Veranlassung eingeladen. Angeborene Gäste waren also ausdrücklich verboten, aber der Landrath v. Puttkamer erließ einen Ukas, worin gesagt war, daß ich eine öffentliche Veranlassung abhalten will. Das ist unwahr, denn ich habe sie nicht abgehalten. Weiter heißt in der Mitteilung des Landraths: „Daher nur Gesinnungsgenossen geladen sind, so kann dem Publikum doch der Eintritt nicht verweigert werden. Ich halte es für richtig, daß „dem Ukas“ das Feld nicht allein überlassen wird, und ich bitte daher, nicht nur selbst hinzugehen, sondern auch unabhängige Parteigenossen mitzubringen. Für Gegenwärtiger wird gefordert. Der Landrath v. Puttkamer.“

Es ist mir nicht gelungen, festzustellen, ob die Einladungen im amtlichen Couvert und auf Staatskosten verfaßt sind, ich muß es aber annehmen. Ob Herr v. Puttkamer mich „den Ukas“ nennt oder mich noch schlechter behandelt, ist mir gleich. Ich sage: jeder hat die Formen, die ihm gebräuchlich sind, jeder nach seiner Façon. (Lachen rechts.)

Hier in Berlin genügt es, wenn die Veranlassungen angemeldet werden. Herr v. Puttkamer will aber, daß sie überhaupt nicht gestattet werden. Die Herren haben gar nichts zu gestalten, aber sie wirthschaften wie die Pöschas. (Heiterkeit.) Herr v. Puttkamer läßt eine Veranlassung sofort auflösen, sobald sie überfüllt erscheint, hier in Berlin wird dann doch nur verlangt, daß eine Anzahl Besucher den Saal verläßt. Sodann bestimmt Herr von Puttkamer — das ist das Schöne —, daß die Vertheilung von Druckschriften in öffentlichen Veranlassungen zu verhindern ist und Gesuchen um Erlaubnis dazu regelmäßig die Genehmigung zu verweigern sei. Das ist selbstverständlich ein ganz ungeheures Verfahren.

Es handelt sich um die Aufrechterhaltung der Staatsautorität, um den Kampf für Ordnung und Sitte. (Lachen rechts.) Ich würde es sehr bedauern, wenn der Minister nicht mit klaren Worten seine entscheidende Mißbilligung über diese Vorwurfsanträge ausspricht. Es handelt sich um ein Verbrechen für die Erhaltung des Vertrauens im Volke. Ministerpräsident Fürst v. Hohenlohe erscheint im Saale, das kann durch nichts mehr ersetzt werden, als dadurch, daß es Beamte giebt, die in amtlicher Form einen solchen Mißbrauch mit ihrer Gewalt treiben. (Lebhafte Beifall links.)

Reichskanzler Fürst v. Hohenlohe: Ich höre, daß der Herr Abg. Wiskert angefragt hat, wie es mit dem Vereinsgesetz stehe. Die königliche Staatsregierung hat, wie bei Eröffnung der gegenwärtigen Session des Landtages mitgetheilt ist, über eine Revision des in Preußen geltenden Vereins- und Veranlassungsrechts eingehende Erörterungen gepflogen. Nach dem Ergebnis dieser Verhandlungen, welche bei der Schwierigkeit des Gegenstandes naturgemäß eine längere Zeit in Anspruch nehmen mußten, kann ich nunmehr erklären, daß die Staatsregierung ihrer Aufgabe gemäß zwar bereit ist, auf das im § 8 des Vereinsgesetzes enthaltene Verbindungsverbot, soweit es die Verbindung in landlicher Vereine untereinander betrifft, zu verzichten.

Die Staatsregierung glaubt jedoch, eine Verweigerung des bestehenden Vereinsgesetzes nicht auf diese Maßnahme beschränken zu dürfen, sondern die Revision gleichzeitig auf einige andere Punkte ausdehnen zu sollen (Beifall rechts), welche sich nach den bisherigen Erfahrungen als reformbedürftig herausgestellt haben. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist nunmehr fertig gestellt und die Allerhöchste Ermächtigung zur Vorlage an den Landtag ertheilt. Das Staatsministerium wird sich alsbald schlicht machen, ob es angezeigt erscheint, noch in der gegenwärtigen, vorgerückten Session des Landtages denselben den Gesetzentwurf zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung zugehen zu lassen. Mir persönlich erscheint es zweifelhaft, ob es möglich sein wird, den Gesetzentwurf noch in der gegenwärtigen, mit anderweitigen dringlichen Arbeiten belasteten Session zum Abschluß zu bringen. (Bewegung, Glücke des Präsidenten.)

Der Minister des Innern Frhr. v. d. Reke meint, daß Herr Wiskert aus einigen Stürmen im Glase Wasser einen Cyclon gemacht habe. Es sei Recht und Pflicht jedes Landraths, allen Bewegungen in seinem Kreise auf politischem und sozialem Gebiete zu folgen und erforderlichenfalls das Marzulegen, was er, im Interesse der guten Sache, für erforderlich halte. In dem vorliegenden Spezialfalle vertritt er, der Minister, alle Bewegungen und Schritte des Landraths nicht, und dem Beamten sei nach dieser Richtung das Erforderliche wahrnehmlich bereits eröffnet worden. Weichwerden über unrichtige Auslegung des Vereinsgesetzes, wie sie auch aus anderen Orten an ihn, den Minister, gekommen, könne er naturgemäß ohne Kenntniß der Verhältnisse nicht sofort entscheiden und müsse sie deshalb der instanzmäßigen Stelle überweisen. Aus den Berichten habe er den Eindruck gewonnen, daß die Auffassung über die Auslegung des Vereinsgesetzes nicht überall ganz geklärt sei. Herr Wiskert sei aufzufordern, daß er auch das Seine thun möge, die Bewegung des Vereins „Nordost“ in ruhiger Bahnen zu lenken. Eher von einem reaktionären Vereinsgesetz spreche, solle er doch die Vorlage abwarten, anstatt sich um ungelegte Eier zu kümmern.

Abg. Frhr. v. Redlich (freisinn.) erklärt, daß auch der Verein „Nordost“ nur nach den gesetzlichen Bestimmungen behandelt werden dürfe, und trat dann für den Ausschluss Minderjähriger von Veranlassungen ein.

Abg. Friedberg (natlib.) hält es für bedauerlich, daß überhaupt gegen Beamte wegen Gesetzesunkunde Remedur geübt werden müsse; der Minister werde am besten eine Zirkularverfügung zu ihrer Aufklärung erlassen. Das Vereinsgesetz müsse so schnell als möglich erledigt werden, und die Aufhebung des § 8 würde keine Verfassungsänderung bedingen.

Abg. Ehrlich-Danzig (Fr. Vgg.) Auch ich wünsche, daß uns das Vereinsgesetz recht bald vorgelegt werde. Den Vorgängen in Pommern ist ein größeres Gewicht beizulegen, als es der Minister und die rechte Seite thun. Es handelt sich um die prinzipielle Aufrechterhaltung von Recht und Gesetz im Lande. (Sehr richtig!) Wichtiger wäre es gewesen, wenn die rechte Seite diese Vorfälle zur Sprache gebracht hätte als Stütze der Gesetze. (Sehr richtig! links.) Herr v. Puttkamer hat der Regierung keinen guten Dienst erwiesen, und die rechte Seite sollte es offen aussprechen, daß sie ein solches Vorgehen nicht billige und wünsche, daß Beamte, die das Gesetz verletzen, energisch zur Ordnung gerufen werden. (Beifall.)

Abg. Graf v. Lünburg-Ström (natlib.) führt aus, von den Verwaltungsbeamten vollkommene parteipolitische Neutralität zu verlangen, könne er nicht zugeben. Seine Freunde würden nur einer solchen Revision des Vereinsgesetzes zustimmen, welche der Regierung die notwendigen Waffen gegen die Umsturzbestrebungen gewähre.

Abg. Finken (Str.) erklärt, seine Fraktion werde einer reaktionären Revision des Vereinsgesetzes nicht zustimmen und lieber auf die Aufhebung des § 8 verzichten.

Abg. Sattler (natlib.) wünscht, daß der Entwurf wenigstens sofort veröffentlicht werde.

Beim Etat der Landwirtschaftlichen Verwaltung erbittet Abg. Gamp (freisinn.) das Wohlwollen des Ministers der Landwirtschaft für eine anderweitige Aufhebung der Termine für die Bestellung der Pferde. Für Pommern, wo die Termine noch bevorstünden, sei vielleicht noch für dieses Jahr eine Regelung möglich. Die jetzige Zeit sei für den Landwirth die un-

günstigste. Redner regt ferner an, die Bestellungsbezirke nicht zu groß abzumessen. Jetzt sei der Landwirth unter Umständen genöthigt, mit seinen Pferden sich mehrere Meilen bis zum Bestellungsbezirk zu begeben; er verliere dadurch einen Arbeitsort, und außerdem, da er alle Pferde vorführen müsse und deshalb Begleiter für die Pferde nöthig habe, auch Arbeitskräfte.

Landwirthschaftsminister Frhr. v. Hammerstein verpricht Berücksichtigung des geäußerten Wunsches.

Beim Etat der Gutsverwaltung weist Abg. v. Puttkamer-Trebbin (natlib.) auf die Bemerkungen des Pommerschen Pferdebuchtvereins hin, die Pferdebezucht in Pommern durch Support eben zu halten zu haben. Leider sei das pommersche Weitzu zu Landes nicht im Besitz guter Hengste, die einzelnen dort befindlichen hervorragenden Hengste könnten da Bedauern nicht befriedigen.

Oberlandthallmeister Graf v. Lehndorff: Die Qualität der Besäler des Landes ist in Landes so gut wie in der anderen Gegend. Die Zahl der Besäler zu vergrößern, ist nicht möglich, weil es an den nöthigen Stallräumen fehle.

Es folgt der Etat des Kultusministeriums.

Abg. v. Strömbel (Str.) kündigt an, daß das Centrum, falls die Regierung dem Antrage Beifall erteile, der die Verbesserung der Geistlichen, durch eine Vorlage in nächster Session seine Folge gebe, seinerseits den Antrag wieder aufnehmen werde. Damit ist die Beratung des Staatshaushalts-Etats in dritter Lesung beendet.

Nächste Sitzung Mittwoch. (Eisenbahnvorlage.)

## Aus Paris

wird gemeldet, daß der deutsche Kaiser 10 000 Franken für die von dem Wohlthätigkeitsbazar unterstüzten Anstalten gespendet hat. Der deutsche Botschafter Graf Münster hat die Summe bereits der Vorstände des Komitees, Prinzessin Wagram, übergeben. Fürst Radziwill, der Generaladjutant des Kaisers, der zu der Todtenfeier nach Paris geschickt war, hat auch 1000 Franken gespendet. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Summe, welche diesmal für die Wohlthätigkeitsanstalten von Paris zusammenkommen wird, erheblich größer sein wird, als die Summe, die sonst alljährlich durch Veranstaltung des Bazar's aufgebracht wurde.

Der deutsche Kaiser wird gegenwärtig in verschiedenen Pariser Zeitungen außerordentlich gerühmt. Im „Matin“ schreibt z. B. der katholisch-konservative Schriftsteller Cornely: „Wie gewöhnlich hat der deutsche Kaiser sich ausgezeichnet durch die Courtoisie und die Hochgeitlichkeit seines Verhaltens. Er wenigstens hat sich nicht damit begnügt, durch Vermittelung seines Ministers des Auswärtigen ein Telegramm zu schicken; er hat selbst zu jeder Gelegenheit und hat in herzlichen Worten dem Präsidenten der Republik telegraphirt.“

Wenn man weiß, daß der Zar sich damit begnügt hat, durch Vermittelung seines Ministers des Auswärtigen ein Telegramm zu schicken, so begreift man erst den ganzen Sinn dessen, was Cornely schreibt. Er drückt eine in Frankreich weit verbreitete Empfindung aus; diese Empfindung nimmt Anstoß an der offiziellen Kühle des verbündeten russischen Monarchen, die zu der Wärme des deutschen Kaisers im Gegensatz steht.

Im Pariser „Journal“ ist das noch deutlicher zu sehen: „In unserem politischen Bedauern müssen wir das Verhalten des deutschen Kaisers billigen. Bei der neuen Trauer, die uns trifft, hat er abermals mit der Zuspükung einer interessanten Seele gehandelt, und er hat die Gelegenheit ergriffen, um sich als Eilte-Feind d hinzustellen. Seine Depesche war die erste, die ankam. Zur Todtenfeier hat er einen außerordentlichen Vertreter geschickt, den er, mit einer Arttheil, die eines großen Meisters in der Kunst der Gefühls-Quancen würdig ist, unter denjenigen von den Seinen ausgesucht hat, die mit französischen Familien verwandt sind. Eine solche Demonstration ist, so sympathisch sie erscheint, uns doppelt schmerzhaft, wenn wir sie mit dem vergleichen, was unter diesen Umständen uns Freunde bieten, auf deren Zuneigung wir glauben zählen zu dürfen. Durch seinen Kanzler, durch seine Bureau, durch sehr korrekte Noten manifestirt der Kaiser Nikolaus. Von seiner Person, von seiner Gefühlsbewegung, von seiner Järlichkeit giebt er nichts. Die Stadt, die ihn vor kurzem mit einem so seltenen Glanz, mit einer so brüderlich naiven Järlichkeit empfing, ist jetzt in Leid und Trauer. Man hat zwischen Frankreich und Russland so viel von Liebe gesprochen, daß diese unerklärliche Rauheit wie ein Schlag ist, den wir mitten im Traum empfangen.“

Bei der Todtenfeier in der Notre Dame-Kirche sah wie jetzt noch bekannt wird, neben dem Nuntius des Papstes' Prinz Radziwill, und neben der Frau des Präsidenten die Prinzessin Radziwill, während der russische Sendbote in der zweiten Reihe neben den Ministern Platz gefunden hatte.

Der Pariser Erzbischof Richard hat ein Schreiben an den Präsidenten Trauer gerichtet, worin er für die Theilnahme der Regierung an der Beerdigung in der Notre Dame-Kirche dankt. Die Beerdigung habe hierdurch eine besondere Bedeutung erhalten, und es sei ein Lieblingswunsch des Papstes erfüllt in der Vereinigung aller Franzosen in Giehung an das Vaterland.

Manche Pariser Blätter wollen in diesem Briefe eine Art Mißbilligung der schon erwähnten seltsamen Trauer-Rede des Dominikanerpaters Olivier sehen. Diese Rede hat in Paris große Entrüstung hervorgerufen, welche durchaus begreiflich ist, wenn man die jetzt gedruckt vorliegende Rede durchliest. Statt der Trostesworte, die einzig und allein die Kirche an diesem Trauertage hätte spenden sollen, hat dieser als Kanzelredner berühmte, aber fanatische Mönch eine Strafpredigt gehalten, von der die Wände des Domes widerhallten, während er zugleich die Kanzel mit gewaltigen Faustschlägen bearbeitete. Vater-Olivier belehrte seine Hörer, daß das Brandunglück eine





gerechte Strafe sei, mit der Gott das verirrte und sündige Frankreich heimliche, wie er es schon einmal vor 26 Jahren durch wohlverdiente Niederlagen, durch Gemetzel auf Schlachtfeldern und in Pariser Straßenkämpfen geübt habe; er wünsche, daß diese Mahnung von der Regierung beherzigt werde, die das Land auf falschen Bahnen führe, die sich von den französischen Ueberlieferungen, von den französischen Gefühlen, von dem Glauben, auf den die Franzosen getauft seien, in gleichem Maße entferne; er hoffe, auch die Volksvertretung werde in sich gehen und erkennen, wohin man komme, wenn man Gott und seinen heiligen Glauben verfolge — womit insbesondere das Vorgehen der Staatsgewalt gegen Geistliche, die den Staatsgeheimen nicht gehorchen, gemeint sein solle.

Der Präsident der französischen Republik Felix Faure äußerte beim Verlassen der Rotte Dame-Kirche zum Kardinal Richard: „Ich fühle mich doppelt verletzt, als Staatsoberhaupt und als Franzose“. Der erwähnte Brief Richards an Faure wird allerdings dadurch besonders verständlich.

Bei Feststellung der Persönlichkeiten von Verunglückten ereigneten sich mitunter die peinlichsten Auftritte. So hatte ein Graf de Luybe tagelang nach dem Tode seiner bei dem Unglück ums Leben gekommenen Frau geklagt. Endlich glaubte er, den Körper in einem der fünf zu erkennen, die in den Kühlkammern des Leichenhauses untergebracht worden sind. In dem gleichen Augenblicke nahmen zwei Personen die nämliche Leiche als die der Frau Boubayer, die ebenfalls in dem Brande umgekommen ist, in Anspruch. Der Untersuchungsrichter konnte keine Entscheidung treffen und mußte es den beiden Parteien überlassen, maßgebende Beweise vorzubringen. Graf de Luybe wies sich deshalb an den berühmten Chirurgen Pan und die Familie Boubayer an einen Zahnarzt, damit diese die frischen Leiche untersuchen, was denn auch endlich gelang, worauf der Körper dem Grafen übergeben wurde.

Im Allgemeinen sind die Leiden der Opfer kurz gewesen, da dem Tode in fast allen Fällen Bewußtlosigkeit vorausgegangen war. Entsetzlich sind manche Operationen, die an Verunglückten vorgenommen werden mußten. Eine solche Operation wurde u. a. an einem Fräulein Rosine Morabio, Tochter eines spanischen Bankiers, ausgeführt. Die Wasse eines Schildbuckelkammes hatte sich unter Einwirkung der Hitze mit der Kopfhaare verbunden. Die Schmerzen der Operierten waren gräßlich, ihr Zustand ist bedenklich.

Die Veranlassung zu dem furchtbaren Unglück wird nach den neuesten Ergebnissen der Untersuchung nicht auf eine Explosion der bei Beleuchtung des Kinematographen dienenden Lampe zurückgeführt, sondern vielmehr auf die Unvorsichtigkeit des beim Kinematographen beschäftigten Gehilfen, mit welcher dieser nach dem zufälligen Erlöschen der Lampe ein Zündölzchen angezündet, wodurch der in dem Operationsraum verpöfene Aether in Brand gerieth. Danach würde den Gehilfen die schwere Verantwortung treffen, das große Unglück heraufbeschworen zu haben.

### Friedens-Verhandlungen.

Die griechische Regierung hat an die Gesandten der Großmächte in Athen ein diplomatisches Schriftstück gerichtet, dessen französischer Wortlaut jetzt in der „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht wird. In der Note heißt es:

„Nachdem Euer Excellenz die Entscheidung der griechischen Regierung vom 8. Mai, den Wünschen der Großmächte zu entsprechen, mitgeteilt worden ist, indem sie sich formell verpflichtet, die Truppen aus Kreta abzurufen, theile ich Ew. Excellenz mit, daß ich in dem Augenblicke, wo ich die Zurückberufung bemerksellige, Akt nehme von der Erklärung der Großmächte vom 2. März, nach welcher dieselben entschlossen sind, Kreta ein durchaus effektives autonomes Regime zu gewähren, und ich erkläre Namens der griechischen Regierung, daß sie die Verpflichtung übernimmt, dieses Regime anzuerkennen.“

In Folge dieser Erklärung — worin also Kreta eine besondere Selbstverwaltung zugestanden werden soll und Griechenland auf die Einverleibung dieser Insel verzichtet — ist der kaiserlich deutsche Gesandte in Athen vom Reichskanzler angewiesen worden, gemeinsam mit den Vertretern der anderen Großmächte den Versuch zu einer Vermittelung in dem griechisch-türkischen Konflikt zu unternehmen. Seitens der Wiener Diplomatie wird es besonders anerkannt, daß Deutschland darauf bestanden hat, Griechenland müsse sich bedingungslos dem Willen der Mächte unterwerfen, wenn sie zur Wiederherstellung des Friedens eingreifen sollten. Nur diesem Umstande sei es zu verdanken, wenn die griechische Regierung endlich nachgibt.

Die Friedensbedingungen, welche die türkische Regierung stellt, sind noch nicht bekannt, die Akte der Verhandlungen, die von vielen Zeitungen auf Grund von Meldungen der Wiener „Neuen Freien Presse“ aufgeführt sind, ist nur eine Zusammenstellung von verschiedenen Vorschlägen, die in türkischen Zeitungen gemacht werden oder im Meinungsaustrausch, z. B. in Unterhaltungen von Regierungsbeamten mit Zeitungsberichterstattern, aufgestellt worden sind. Der Sultan und seine Minister haben bis jetzt noch keine Bedingungen formuliert und bekannt gegeben.

Ein hoher türkischer Beamter äußerte dieser Tage zu einem Mitarbeiter der „Frk. Ztg.“:

„Griechenland hat uns mindestens sechzig Millionen Franken aufgelegt, die Opfer unangerechnet, die durch Abzug der arbeitsfähigen Kräfte auf Monate entfallen sind, indem die Feldarbeiten liegen blieben, wodurch ein größerer Mangel der nächsten Ernteerträge eintritt. Die von Europa im Grundriss aufgestellte Gebietsverteilung der Türkei lassen wir nicht zu auf, daß, wenn wir kämpfend uns unserer Saut wehren, wir auch noch die Kosten tragen sollen.“

Daß die Türkei eine bedeutende Kriegskosten-Entschädigung verlangen wird, ist selbstverständlich — die Summen aber, die genannt werden, z. B. 3 Millionen türk. Pfund (ungefähr 50 Millionen Franken) — beruhen auf Vermuthungen, auf Meinungen. Es ist leicht möglich, daß die türkische Regierung mehr als fünfzig Millionen Franken fordert. Wie weit, wann und wie die Griechen eine hohe Kriegskosten-Entschädigung bezahlen können, ist eine andere Frage. Das hoch verschuldete Griechenland hat die Mittel zur Führung eines muthwilligen und zwecklosen Krieges aufzutreiben genöthigt, es wird eben auch die Kriegskosten-Entschädigung aufzubringen müssen. Ein vor längerer Zeit schon in Konstantinopel von irgend einem Beamten gemachter Vorschlag, die Türkei möge sich doch durch die Uebernahme der griechischen Flotte bezahlt machen, ist jetzt wieder als „Friedensbedingung“ und zwar unter der Form „Auslieferung der griechischen Panzerschiffe“ aufgetaucht. Der Sultan will aber gar keine starke Flotte, sonst hätte er die eigene nicht so schmächtig zu Grunde gehen lassen. Unmöglich ist es freilich nicht, daß die türkische Regierung in ihren Friedensbedingungen eine Anzahl „Panzerspänder“ für Zahlung der Kriegskosten verlangt, und dazu könnten vielleicht auch Panzerschiffe gehören. Die Auslieferung der griechischen Flotte dürfte Ausland nicht zugehen, es

dürfte vielmehr, wie es heißt, nebst England am kräftigsten auf eine Milderung türkischer Forderungen einwirken. Vielleicht wird auch die Türkei zur Bürgschaft für die Zahlung der Kriegskosten theilhaftig oder doch einen erheblichen Theil davon längere Zeit befest halten wollen. Die Militärs im türkischen Hauptquartier drängen auf eine starke Grenzregulierung, die sich mindestens bis zum Pharalos-Flusse erstrecken und Bolo und Jarto in die Hände der Türken bringen würde. In Thessalien hat sich die türkische Regierung schon häuslich eingerichtet, ein Zivilgouverneur ist schon ernannt worden.

Von England — das ja große Erfahrungen in Egypten gesammelt hat — wird die Errichtung einer internationalen Finanzkontrolle, ähnlich wie in Egypten, für Griechenland vorge schlagen. Die Gläubiger Griechenlands würden dann vermuthlich mehr als jetzt bekommen und vielleicht könnte auch noch genügend Geld beschafft werden, nur die Finsen einer Anleihe zu bestreiten, aus der die Kriegsentschädigung für die Türkei zu zahlen wäre.

Die Vertreter der hohen Pforte sind vom Sultan beauftragt worden, bei den Mächten auf die Ungelegenheiten hinzuweisen, welche aus einem etwa mit den Griechen abzuschließenden Waffenstillstand entstehen müßten. Im Fall, daß es bei der durch einige Mächte begünstigten Hartnäckigkeit der Griechen nicht zu einer Friedensverhandlung kommen sollte, würde die türkische Regierung die Zusammenberufung eines Kongresses zu Berlin für das Nächstste halten.

Vorläufig ist noch kein Waffenstillstand geschlossen. Nach einem Telegramm aus Domoio vom 11. Mai vollführen die Türken Bewegungen, die einen Angriff vermuthen lassen. Ein gleicher Angriff wird auch gegen die Truppen des Obersten Smolenski bei Amro erwartet, obwohl sich die Operationen wegen starker Regengüsse sehr schwierig gestalten. Auf dem westlichen Kriegsschauplatz in Syrien sind Typhus und Ruhr unter den griechischen Truppen ausgebrochen.

### Berlin, den 12. Mai.

Am Dienstag früh gegen 8 Uhr fuhr der Kaiser mit der Kaiserin und dem Prinzen Waldemar mit Sonderzug von Kurland nach Moulins, wo sie zu Pferde stiegen und bis Point du Jour, zwei Kilometer östlich von Gravelotte, eine Entfernung von insgesamt zwölf Kilometer, ritten. Das Wetter war während des Rittes sehr ungünstig bei einer Temperatur von nur zwei Grad Wärme. Beim Beginn der Manöver erhob sich ein Nordweststurm mit schwerem Hagelschlag. Der Kaiser hat mit seiner Begleitung trotz dem Regen bis zum Schluß beigewohnt. Von Metz war eine Brigade dem von Westen kommenden Feind entgegengerückt. Ein hartnäckiges Gefecht entpinn sich um den Enghaus durch die Schlucht zwischen Gravelotte und Saint-Hubert. Der Gegner wurde wiederholt abgewiesen, umging sodann mit überlegenen Kräften den diesseitigen linken Flügel und warf diesen, von Metz kommend, zurück. Darauf erfolgte der allgemeine Rückzug auf Metz. Um 1/2 12 Uhr schloß die Hebung.

Nachmittags 2 1/2 Uhr zog der Kaiser, vom Manöver kommend, an der Spitze der Fahnenkompanie, welcher die Standarten-Gaskadron folgte, durch das „Französische Thor“ in Metz ein. Der Kaiser wurde von der seit Stunden harrenden, überaus großen Menschenmenge stürmisch begrüßt und ritt zum Bezirks-Präsidium, wo die Feldzeichen abgebracht wurden. Bei dem Bezirks-Präsidenten fand dann ein Frühstück im engeren Kreise statt, an dem der Kaiser und die Kaiserin, Prinz Waldemar, Statthalter Fürst zu Hohenlohe-Schwanburg und das Gefolge theilnahmen. Kurz nach 5 Uhr fuhren die Majestäten nach Ulrville zurück.

Kaiser Wilhelm hat dem St. Petersburger Leibgarderegiment (König Friedrich Wilhelm III.), dessen Chef er ist, für seine vier Feldzeichen Fahnenbänder verliehen. General der Kavallerie Graf von Wedel hat diese im Auftrag des Kaisers in Warschau dem Kommandeur des Regiments, Generalmajor Foulon, im Beisein des gesamten Offizierskorps überreicht und gleichzeitig das folgende Schreiben des Kaisers überbracht:

„Hiermit verleihe ich den vier Bataillonen meines Kaiserlichen St. Petersburger Leibgarderegiments des Königs Friedrich Wilhelm III., zur Erinnerung an den 9. Juni 1871, d. h. an den Tag, an dem ich zuerst dem Regimente nahe trat, die beifolgenden Fahnenbänder. Mögen diese Bänder ein beständiges Zeichen sein meines besonderen Wohlwollens und meiner hohen Freundschaft, die ich als Chef des Regiments zu rechnen, damit es den geschichtlichen Ruhm seiner Tapferkeit und Treue mit neuen geschmückten Feldzeichen bewahren und mehr könne.“  
Königs Palais, 2. Mai 1897.

### Wilhelm I. R.

Generalmajor Foulon richtete darauf an den Kaiser Wilhelm das folgende, in deutscher Sprache abgefaßte Telegramm:

„Am heutigen Tage sind, bei feierlichem Gottesdienste vor dem Regimente, durch Ew. Majestät den Fürsten Jherinskij, den Generaladjutanten Ew. Majestät, Grafen von Wedel, den Divisionskommandeur und mich in Gegenwart der Kommandeure aller in Warschau befindlichen Theile der Garde, die von Ew. Kaiserlichen und Königlichen Majestät Ihrem Regimente allergnädigst verliehenen Fahnenbänder befestigt worden. Erfüllung von den Gefühlen der Dankbarkeit, hat das St. Petersburger Leibgarderegiment König Friedrich Wilhelm III. mit begeistertem Hurrahrufe zu Euren Ew. Majestät, des Erlauchten Chefs des Regiments, diese neue allerhöchste Gnade, die für ewige Zeiten in der Geschichte des Regiments eine glänzende Seite darstellen wird, entgegengenommen.“

Beim Fackelzug in Friedrichsruh, den, wie gestern bereits unter „Neuestes“ mitgeteilt, Hamburger Freunde dem Fürsten Bismarck am Montag darbrachten, hatte man, da es unaufhörlich regnete, für den Fürsten im Park, unterhalb des Altans, ein Zeltdach aufgeschlagen. Als der Fürst, auf seinen berben Handstock gestützt, losst auf ohne jeden Weistand aufreht und fest die vom Regen glatt gewordenen Stufen der hohen Steintreppe hinabgestiegen war und jenes kleine Bauwerk erblickt hatte, meinte er: „Ach, ein Zelt?“ und fuhr dann mit Hinweis auf die im Regen dastehende Umgebung fort: „Das ist aber nicht kameradschaftlich!“ Während seiner Klaren und vernehmlichen Antwortrede auf die an ihn gerichtete Begrüßung hielten Grafin Kaunitz und Professor Schwengler bejagte Schirme über den aus dem Zeltdach herausgetretenen Fürsten. Witten in seiner Rede aber unterbrach sich dieser und schob mit den Worten: „Keinen Schirm!“ das Schuttdach bei Seite.

Der Senatorenkonvent des Reichstages beschloß in einer Resolution am Dienstag, daß nur noch Finanz-

vorlagen, also Nachtragsetat und Besoldungs-aufbesserungsvorlage, erledigt werden sollen, da länger kein beschlußfähiges Haus möglich sei. Der sozialdemokratische Abg. Singer erklärte, die Sozialdemokraten würden in allen Prinzipienfragen auf ein beschlußfähiges Haus dringen. Der Seftionschlag des Reichstages soll jedenfalls vor Pfingsten, wahrscheinlich noch Ende nächster Woche, erfolgen.

### Aus der Provinz.

Graubenz, den 12. Mai.

Die Weichsel ist bei Graubenz von Dienstag bis Mittwoch Mittag von 2,30 auf 2,40 Meter gestiegen. — Bei Warchau ist der Strom am Mittwoch auf 2,19 Meter gestiegen.

Der Provinzialanlass der Provinz Westpreußen tritt am 1. und 2. Juni zusammen.

Der Provinzialanlass der Provinz Westpreußen tritt am 1. und 2. Juni zusammen. Der Provinzialanlass der Provinz Westpreußen tritt am 1. und 2. Juni zusammen. Der Provinzialanlass der Provinz Westpreußen tritt am 1. und 2. Juni zusammen.

Der Provinzialanlass der Provinz Westpreußen tritt am 1. und 2. Juni zusammen. Der Provinzialanlass der Provinz Westpreußen tritt am 1. und 2. Juni zusammen.

Der Provinzialanlass der Provinz Westpreußen tritt am 1. und 2. Juni zusammen. Der Provinzialanlass der Provinz Westpreußen tritt am 1. und 2. Juni zusammen.

Der Provinzialanlass der Provinz Westpreußen tritt am 1. und 2. Juni zusammen. Der Provinzialanlass der Provinz Westpreußen tritt am 1. und 2. Juni zusammen.

Der Provinzialanlass der Provinz Westpreußen tritt am 1. und 2. Juni zusammen. Der Provinzialanlass der Provinz Westpreußen tritt am 1. und 2. Juni zusammen.

Der Provinzialanlass der Provinz Westpreußen tritt am 1. und 2. Juni zusammen. Der Provinzialanlass der Provinz Westpreußen tritt am 1. und 2. Juni zusammen.

Der Provinzialanlass der Provinz Westpreußen tritt am 1. und 2. Juni zusammen. Der Provinzialanlass der Provinz Westpreußen tritt am 1. und 2. Juni zusammen.

Der Provinzialanlass der Provinz Westpreußen tritt am 1. und 2. Juni zusammen. Der Provinzialanlass der Provinz Westpreußen tritt am 1. und 2. Juni zusammen.

Der Provinzialanlass der Provinz Westpreußen tritt am 1. und 2. Juni zusammen. Der Provinzialanlass der Provinz Westpreußen tritt am 1. und 2. Juni zusammen.

Der Provinzialanlass der Provinz Westpreußen tritt am 1. und 2. Juni zusammen. Der Provinzialanlass der Provinz Westpreußen tritt am 1. und 2. Juni zusammen.

Der Provinzialanlass der Provinz Westpreußen tritt am 1. und 2. Juni zusammen. Der Provinzialanlass der Provinz Westpreußen tritt am 1. und 2. Juni zusammen.

Der Provinzialanlass der Provinz Westpreußen tritt am 1. und 2. Juni zusammen. Der Provinzialanlass der Provinz Westpreußen tritt am 1. und 2. Juni zusammen.



**Heidenburg, 11. Mai.** In der Stadtverordneten-Versammlung wurden der freiwilligen Feuerwehr zur Beschaffung von Geräten 300 Mark bewilligt. Ein Wasserbrunnen, der die Ströme der freiwilligen und der Pflichtfeuerwehr speisen soll, soll angeschafft werden. Der vom Vorhubsverein zur Anschaffung eines Wasserbrunners gespendete Betrag wurde mit Dank angenommen. Die Agenten der Feuerberühungs-Gesellschaften sollen ersucht werden, ihre Direktoren zur Vergabe von Beihilfen zur Beschaffung des Wasserbrunners zu bewegen. Die Erhebung der Markt- und Stangelder für 1897/98 wurde dem Schuhmachermeister Bierig für 645 Mark übergeben. Die Legung von Trottoirplatten auf den Bürgersteigen des Marktplatzes und die Belegung von Bordsteinen mit

Wochte, gegen die Xavera Zitra und den Franz Zitra aber je drei Monate Gefängniß. Der Vertheidiger führte u. a. aus, man müsse bedente, daß Gröbenziti schon in der P o l l a t i l i ege, wo die Gegenätze zwischen den Konfessionen ziemlich scharf hervortreten. Auf eine Eingabe der Hausväter von Gröbenziti an den Kultusminister Dr. Bosje sei auch von der Regierung die Entfernung des Lutherbildes aus der Schulkiste angeordnet worden. Der Vertheidiger bat, die Xavera Zitra nur mit einem Verweise zu befragen. Nach kürziger Beratung verlinkdete der Vorsitzende des Gerichtshofes das Urtheil mit folgender Begründung: Es handle sich um die Beschädigung eines Lutherbildes; es sei dies eine Straftbat, der man leiber oft begegne, und die man, gleich viel welcher Religion man angehöre, verabscheuungswürdig nennen müsse, denn eine solche That verachte eine gemeine, niedrige Gefinnung. Man habe es hier mit jugendlichen Uebeltbättern zu thun, die entlicben von Erwbachnen zu der Schandtbat berebet seien. Es wurde erkannt gegen Monita Wichte und Xavera Zitra auf 20 Mt. oder 5 Tage Gefängniß, gegen Franz Zitra auf 30 Mt. Geldstrafe oder eine Woche Gefängniß.

+ Janina, 12. Mai. In Folge des Vorrückens der türkischen Truppen flüchteten alle im Epirus noch befindlichen griechischen Truppen nach Arta, wobei sie 3000 Gewehre und 300 Kisten mit Patronen zurückließen. Die griechischen Verluste betrugen 75 Tödt.

**Seiden-Fabriken G. Henneberg (k. u. k. Hofl.) Zürich.**



















werde erbeuten. 19598







